

Der Lübecker Volksbote erscheint am Samstag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch Boten frei Haus für die erste Augusthälfte 40000.— M., freibleibend. Einzelverkaufspreis 5000 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 1905 nur Redaktion.
1926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Pettzelle oder deren Raum 15000.— Mark, auswärtige 18000.— Mark, für Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 12000 M., für Reklamen 60000 M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle
1905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 188.

Dienstag, 14. August 1923.

30. Jahrgang.

Der Polizeiskandal von Lübeck.

Dr. L. Lübeck, 14. August.

Seute früh vier Uhr zog die Vereinigung Republik ihre Wachen zurück. Gleichzeitig ging die Leitung des Ordnungsdienstes aus den Händen des Dreierausschusses an das Polizeiamt zurück. Und gleichzeitig zogen blaue und grüne Polizei ein.

Die Stunde ist gekommen, um den Verlauf der Ereignisse der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Sachlich und objektiv, wie er sich nach rund 50 Zeugenvernehmungen klar und eindeutig ergeben hat. Die ganze Darstellung der Polizei ist falsch; ist ein einziger großer Beschönigungsversuch. Und die bürgerliche Presse hat für ihre Berichterstattung nur eine Quelle: die Polizeiberichte. Mehr braucht dazu im Augenblick nicht gesagt zu werden. Im Laufe unserer Auseinandersetzungen werden wir an einem klaren Beispiel die Verdrängtheit der polizeilichen Behauptung, und die doppelte Verdrängtheit der darauf aufgebauten bürgerlichen Nachrichten beweisen.

Die Ereignisse:

Am Donnerstag in der Mittagsstunde zogen die Belegschaften verschiedener großer Betriebe nach der Stadt. Auf polizeiliche Anordnung löste sich vor dem Burgfeld der Zug in einzelne Gruppen auf. Als diese Gruppen die Anlagen vor der Burgtorwache passierten, sahen sie links ein Panzerauto, rechts im Gebüsch Maschinengewehre. Der Hunger hatte die Protestierer nach der Stadt getrieben; blaue Bohnen bot man ihnen an. Unter der Oberleitung eines sozialdemokratischen Senators. Die ankommende Stimmung brauchen wir wohl nicht zu beschreiben.

Am Abend desselben Tages fand die bekannte Volksversammlung im Gewerkschaftshaus statt. Tausende und tausende strömten sich. Unter der irrigen Begründung, die Bannmeile müsse geschickt werden, sperrte die Polizei die innere Breite Straße und alle Zugänge dahin ab. Die Menge flutete an der Sperre vorbei. Schmeicheltworten mögen es nicht gewesen sein, mit denen man den Scheinwerfer und die schwerbewaffnete Polizei grüßte. Neugierige blieben stehen. Jugendliche jockten! Die Massen stauten sich. Da soll das Kommando gegeben worden sein: Weitergehen! Nur die wenigsten hörten das. Außerdem ist man ja das Kommando „Weitergehen“ hinreichend gewöhnt. Die einen gingen, die anderen blieben stehen; und vom Gewerkschaftshaus zogen neue Massen vorbei. Da erscholl aus dem Munde des Befehlshabers das Kommando: Los!

Wie die Verstecker stürzten sich zwanzig oder dreißig Beamte auf die Menschenmenge. Und verprügelten und mißhandelten alle Anwesenden wahllos mit der blanken Waffe. Hinter den Flüchtenden stürmten sie her. Holten sie aus den Hausfluren, um weiter zu prügeln. Wer am Boden lag, bekam neue Prügel. Bis weit und breit kein Mensch mehr zu sehen war. Ruhe und Ordnung!

Im Laufe der letzten beiden Tage sind Dutzende von Verletzten bei uns gewesen. Meistens alte und eheliche Parteigenossen! Dutzende von Säbelschneidern konnten blut- und blaugestrichelt auf ihrem Körper und ihrem Kopf gezählt werden. Schwere Stichwunden klafften blutend dazwischen.

Einige Tatsachenansammlungen:

Der Parteigenosse M., Sportgenosse und Mitglied der Vereinigung Republik, bekommt schwere Stiche in die Hüfte und in den Hinterkopf; er flüchtet humpelnd die Mengstraße hinunter in den Hausflur Nr. 32. Dort wird er von fünf Beamten herausgeholt und in juristischer Weise aufs neue verprügelt, mit Säbel und Gummiknüppel. Sein ganzer Körper war ein großer grüner, blauer und blutiger Fleck.

Die langjährige Parteigenossin G., ging mit ihrem Mann im Gebüsch nach Hause. Als der wilde Polizeiansturm begann, wurde sie niedergebrosen. Sie kroch hinter eine Treppe in der Mengstraße. Dort fand sie ein Grüner und wollte sie aus der Gefahrezone führen. Ein Kriminalschuppmann mißachtete sie ein, zerrte ihr im Nacken ihr Kleid und schleppte sie zur Wache. Dort wurde sie begrüßt: „Was wollte das freche alte Weib hier? Die kennen wir! Sie ist immer auf der Breiten Straße!“ Als die Genossin entrüstet protestierte, warf sie ein Schußmann in ein Nebengeheiß und schlug sie mit einem Gummiknüppel, bis sie niederbrach. Die Schultern und der Rücken der Genossin waren mit Blutströmen überzogen, wie sie ein russischer Sträfling, der 50 Stöße bekam, nicht schlimmer haben kann.

Der Kellner H. ging gegen 12 Uhr aus seinem Hause, um zu einer Versammlung zu gehen. In der Hundstraße wurde er überfallen und mit Säbeln mißhandelt. Sein Anzug ist durchlöcher. Schwere Stiebunden auf Arm und Rücken blieben dem Erkrankten als Andenken.

Mögen diese drei Fälle für heute genug sein. Sie sind wahllos aus fünfzig herausgenommen. Wir haben Dutzende von Leuten hier gehabt, denen Kleider zerrissen sind, die Dutzende von Säbelschneidern und -hieben auf dem ganzen Körper haben.

So haben die Franzosen im Ruhrgebiet nie gehaust, wie Lübecks Polizei am Donnerstag. Und aus welchem Grunde? Steine sollen geworfen sein! Und Flaschen! Woher sollen in der Breiten Straße Steine kommen? Und wer hat irgendwo eine Glasglocke gesehen? Ausreden! Nachtigallische Ausreden! Fünftägig zeugen, die in übergroßer Zahl absolut zuverlässig sind, haben auch keine Spur von diesen Dingen bemerkt.

Den Freitag wollen wir zunächst übergehen. Die Leitung der Polizei mußte nicht mehr ein und aus, als erregte Arbeitermassen im Stadttinnern erschienen. Sie zog sich in die Wachen zurück; Ordner der bestreikten Betriebe sorgten für die erste Ordnung. So lautete die Abmachung! Um Mitternacht sollte die Polizei den Straßendienst wieder übernehmen. Die Straße war völlig menschenleer. Nur einige Ordner gingen noch auf und ab. Die Polizei rückte unter Führung des Hauptmanns Schmidt an. Im Kanzleigebäude hielten sich die Arbeitersamariterkolonnen auf. Mit den Worten: „Die proletarische Herrlichkeit ist jetzt zu Ende, für alle Zeiten! Wir übernehmen jetzt wieder die Gewalt,“ schickte er sie nach Hause. Dann schwärmten keine Grünen aus, und „säuberten“ die Straße, indem sie die Ordner verprügelten. Der Gen. St. vom Ordnungsdienst flüchtete ins Gewerkschaftshaus. Mehrere schwere Stiebe hatte er auf Kopf und Arm.

Als das war ein schlechter Auftakt für den Sonnabend. Man sprach über die unglaublichen Vorgänge in der ganzen Stadt, in allen Betrieben. Neugierige und Erbitterte standen vor der Kanzleiwache. Da wurden spanische Reiter ausgeworfen, die Wache mit Drahthindernis umgeben. Immer mehr Neugierige stellten sich auf. Dutzende von Zeugen beteiligten uns, darunter rechtsstehende bürgerliche Herren, daß alles völlig ruhig gewesen sei.

Da frachtirgendwo in der Kanzlei — eine Ladeförderung soll der Grund gewesen sein — ein Schuß. Und sinnlos schiessen mehrere Schußleute in die Menge. Ein Krach vor dem Wallerischen Geschäft, eine Rauchwolke zieht ab und Frauen und Kinder wälzen sich in ihrem Blut. Klirrend brach das Schaufenster zusammen — eine Handgranate hatte das ganze entsetzliche Unheil angerichtet.

Leer war die Straße, nur wimmernde Verletzte wälzten sich am Boden — die Polizei aber triumphierte, Sturmriemen herunter und den Karabiner in der Faust.

Als Franzosen in Essen etwas Rehnliches taten, da bäumte sich ganz Deutschland auf. In Lübeck findet die Polizeiverwaltung kein Wort des Bedauerns, kein Wort des Mitleids mit den schuldlossten aller Opfer.

Wie ein Lauffeuer ging es durch alle Betriebe. Die Arbeit wurde hingeschmissen. Und schwarz wimmelten die Straßen Lübecks von erbitterten Proletariern. Jeden Augenblick konnte das Unglück beginnen, jeden Augenblick die Katastrophe eintreten.

Der Ortsausschuß der Gewerkschaften sah sich vor die folgenschwersten Tatsachen gestellt, und dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei wälzte sich die ungeheure Pflicht auf, die aufführende Erregung zu meistern und zu beherrschen, das Aller schlimmste zu verhindern. Hunger und Wut sind schlechte Berater für die Menge; sie konnten Ereignisse herbeiführen, die in ihren Folgen schrecklich sein mußten.

Dazu völlige Kopflosigkeit der Polizei, die mit roten Köpfen und gitternden Karabinern die Straße sperrte. Sie wies Bürgerchaftsmitglieder mit größten Worten aus der Bannmeile; sie hatte jede Ueberlegung verloren.

Das alles stellten die Vertreter des Ortsausschusses dem Polizeiherrn vor. (Freitag war der Gen. Mehrlein wieder an die Stelle des Gen. Friedrich getreten.) Und sie machten ihm den Vorschlag, einen Selbstschutz der Arbeiter an die Stelle der Polizei treten zu lassen. Einen anderen Ausweg gab es nicht! Blutvergießen? Trümmerräufen? Das waren keine Auswege. Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei verpflichteten sich, die Ruhe wieder herzustellen ohne den geringsten Nachteil für die öffentliche Sicherheit. Wenn die Polizei abging!

Dem stimmte der Polizeiherr schließlich zu. Selbstverständlich behielt er sich das Recht vor, für den Fall, daß der sozialdemokratische Selbstschutz Plünderereien usw. nicht verhindern könne, seine eigenen Mittel wieder einzusetzen. Die Abmachung galt. Die „Vereinigung Republik“ der sozialdemokratischen Partei wurde alarmiert; und kurze Zeit darauf rückten die ersten Gruppen mit weißen und schwarz-rot-goldenen Armbinden in die Stadt, und lösten die Polizei ab.

Ortsausschuß und Sozialdemokratische Partei ernannten einen Dreierausschuß, die Gen. W. Löwig, Haut, Dr. Leber, die im Verein mit der Leitung der Vereinigung Republik die Leitung des ganzen Sicherheitsdienstes übernahmen. Und die auch den Auftrag bekamen, die unbedingt nötigen Genutzungen für die aufs schwerste gereizte Arbeiterschaft herbeizuführen.

Wir wollen in unserer Darstellung jetzt das ganze Aufstehen und Wirken des Selbstschutzes überspringen. Das kann erst morgen beschrieben werden. Auch das Aufzählen der unzähligen Verhandlungen und Schwierigkeiten müssen wir verschließen. Jedenfalls war Sonntag nacht die Lage so, daß Senat und Polizei froh waren, den Selbstschutz zu haben, und daß er und nicht die Dienst-

früh dauern sollte. Ueber das Zurückziehen sollte dann eine neue Beratung stattfinden, in der auch die endgültige Regelung unserer Forderungen vorgenommen werden sollte. Da ja von unserer Seite immer noch Untersuchungen und Verhöre im Gange waren.

Da trat ein Umstand ein, der die Lage bedeutend erhellt und unser Handeln bestimmend beeinflussen mußte. Die Polizei hatte in Abrede gestellt, daß von ihrer Seite eine Handgranate geworfen sei. Unsere Zeugen behaupteten das bestimmt. Der Streit wurde überraschend aufgeklärt: Unsere Wachen fanden im Kanzleigebäude den Abzugsbügel der Handgranate. Und zwar im ersten Stock; vor dem Fenster, von dem nach unseren Zeugenaussagen die Handgranate geworfen worden war. Jetzt mußte die Polizei ihr dummes Zeugnis aufgeben. Der Schuldige meldete sich und erklärte, nur seine Befehle ausgeführt zu haben. Er habe den Auftrag gehabt, vom oberen Fenster aus „mit Handgranaten zu arbeiten“. Im gegebenen Fall! Das Schicksal aber schien ihm das Anzeichen des gegebenen Falles zu sein. Und er habe die Handgranate möglichst weit nach hinten werfen wollen. Der Hauptmann v. Thaden war der befehlende Offizier der Kanzleiwache gewesen.

Selbstverständlich konnten wir unter solchen Umständen mit einer Untersuchung nicht zufrieden sein. Dieser Thaden mußte nun sofort weg!

Dazu kam ein anderes! Der Senat teilte durch die bürgerliche Presse mit, daß Dienstag früh die Polizei wieder einrücken werde. Von Erfüllung der Bedingungen aber sollte nur noch keine Rede mehr sein. Keine Rücksprache mit der Vereinigung Republik! Nichts! Eine neue Provokation der Arbeiterschaft!

Es wird einfach mitgeteilt, morgen früh zieht die Vereinigung Republik ab. In schwerster Stunde hatte sie sich zur Verfügung gestellt; schwerste Verantwortung hatte auf den Schultern ihrer Führer gelegen; Abmachungen waren getroffen. Jetzt wurde alles bei Seite geschoben. Weil der Senat unter dem Druck der bürgerlichen Vorstellungen seine Meinung absolut änderte — weil es ja nun wieder ruhig geworden war. Er stand nicht mehr zu seiner Einstellung vom Sonnabend; er schickte wieder bedenklich nach hinten und Handgranate.

Wir stellen dagegen unsere Forderungen: Sofortige Entlassung der schuldigen Offiziere! Der Dienst der Vereinigung der Republik sollte um 24 Stunden verlängert werden, bis zur Erfüllung unserer zweifellos gerechten Forderung. Der Senat ließ sich auf diese Forderung nicht ein. Worte wie Belagerungszustand, Reichswehr usw. fielen.

Selbstverständlich hatte der Senat das Recht und auch die Macht, unseren Selbstschutz zu verdrängen. Wenn er wirklich an dieses Recht und an seine Gewalt appellieren wollte, dann blieb uns nur eins: Abziehen!

Aber damit ist für den Ausschuß die Sache keineswegs erledigt. Jetzt werden wir erst recht auf diesen Forderungen bestehen. Ja, wir werden sie noch verschärfen. Und wir haben nachträglich dem Senat die Forderungen unterbreitet, deren Erfüllung wir verlangen konnten und mußten. Heute in der Frühe sind unsere Forderungen im Rathaus überreicht worden.

Was wir fordern? Nichts, was nicht recht und billig wäre!

1. Sofortige Entlassung dreier leitender Offiziere oder Beamte. Es handelt sich um die Schuldigen und Verantwortlichen an den drei Zwischenfällen: Polizeikommissar Hering, Hauptmann Schmidt, Hauptmann v. Thaden.

2. Aufhebung der Bannmeile. Um für alle Zukunft solche tödliche Maßnahmen, die nur Blutvergießen herbeiführen müssen, unmöglich zu machen.

Einstimmig sind die Forderungen in der Sitzung des sozialdemokratischen Vorstandes und Ausschusses gutgeheißen worden. Wird der Senat sie annehmen? Wenn ja, so ist die Schlappe, die er gestern plötzlich der „Vereinigung Republik“ zufügen wollte, umgeklappt in eine Schlappe für den Senat.

Und wenn nein? Dann bedeutet das Kampf bis aufs Messer diesem Senat. Dann bedeutet das Opposition dem Senat bis zu den letzten Konsequenzen. Bis er einseht, daß die Arbeiterschaft kein Vertrauen mehr haben kann zu einem Senat, der die Sozialdemokratie nur als Bewilligungsmaschine braucht, im übrigen aber seine beliebigen reaktionären Pfade wandelt.

Ueber den Ausgang eines solchen Kampfes ist hoffentlich der Senat nicht im Unklaren. Er muß für ihn nicht nur mit einer Schlappe endigen! Sondern er bedeutet das Ende der bürgerlichen Mehrheits Herrschaft über Lübeck; das Ende dieses Senats.

Wir werden morgen über die ganzen Vorgänge, besonders über die Arbeit und die Opferwilligkeit der Vereinigung Republik, ausführlich berichten.

Das „Kabinett der Sachwert- erfassung“.

Berlin, 13. August.

SPD. Die Not des Volkes, die zum Ausdruck kommt in den sich steigenden inneren Unruhen, hatte zur Vinderung eine starke, vom Vertrauen des Volkes getragene Regierung zur Voraussetzung. Schnell mußte gehandelt werden und es ist erfreulich, daß in den neuen Koalitionsparteien diese Ueberzeugung allgemein vorherrschend war. Nur in Anbetracht dieser Erkenntnis war es möglich, trotz bestehender Schwierigkeiten noch im Laufe des Montag die neue Regierung zustande zu bringen. Bevor das Kabinett endgültig gebildet wurde, traten die Fraktionen des Reichstages zum Teil wiederholt zu Besprechungen zusammen. Auch die sozialdemokratische Fraktion beschloß, erneut, mit 83 gegen 39 Stimmen, sich an der großen Koalition zu beteiligen, sie forderte gleichzeitig aber auch außer vier Ministerien, darunter vor allem das Innenministerium, die Ueberlassung der Bizanzlerschaft an einen ihrer Vertrauensleute. Diese Forderung war durch die zahlenmäßige Stärke unserer Partei begründet und der Beweis für ihre Berechtigung ist durch ein entsprechendes Zugeständnis des neuen Reichskanzlers und der bürgerlichen Parteien, wenn auch nach anfänglichem Sträuben bald gegeben worden.

Das „Kabinett der Sachwert-erfassung und Erfüllungspolitik“ setzt sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammen:

- Dr. Stresemann, Reichskanzler.
- Robert Schmidt (Soz.), Bizanzler u. Wiederaufbau.
- Sollmann (Soz.), Inneres.
- Hilferding (Soz.), Finanzen.
- Dr. Radbruch (Soz.), Justiz.
- Kammer (Volksp.), Wirtschaft.
- Brauns (Z.), Arbeit.
- Dejer (Dem.), Verkehr.
- Giesberts (Z.), Post.
- Gehler (Dem.), Reichswehr.
- Luther, Ernährung.
- Juchs (Z.), Besetzte Gebiete.

Der Reichskanzler wird außerdem provisorisch auf kürzere Zeit das Außenministerium leiten, für das diesmal kein Diplomat, sondern ein Politiker auf ausdrücklichen Wunsch der Sozialdemokraten in Frage kommen dürfte. Ferner wird wahrscheinlich der preussische Ministerpräsident Otto Braun bei Beibehaltung seines Amtes in Preußen der Reichsregierung als Minister ohne Portfeuille angehören. Eine derartige Funktion ist trotz anfänglicher Bedenken geschaffen worden, um das Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich zu stärken. Bei allen Zugeständnissen an die Sozialdemokratie hat unsere Fraktion dem neuen Kanzler während der Verhandlungen, die im Laufe des Montag gepflogen wurden, kein Gehtl daraus gemacht, daß auf die Dauer der Reichswehrminister Gehler wegen seiner Vergangenheit nicht ertragen werden kann. Nur die gefährdende innerpolitische Lage hat unsere Fraktion davon abgehalten, den Eintritt in die große Koalition von dem Ausscheiden Gehlers abhängig zu machen.

Die neue Regierung wird sich am Dienstag mittag um 12 Uhr dem Reichstag vorstellen und ihre Programmklärung abgeben. Die Absicht, noch am Montag abend der Welt ein Bekenntnis zur Verständigung und zu dem Willen, jetzt durch innere Maßnahmen uns selbst zu helfen, zu liefern, mußte hauptsächlich aus technischen Gründen aufgegeben werden. Die Programmklärung des neuen Kabinetts wird an den Genossen den ersten Beweis dafür liefern, daß die Forderungen der Partei Anerkennung gefunden haben. Die Männer, die unsere Fraktion zur praktischen Durchführung unseres Programms in die Regierung hineinbelegiert hat, sprechen ebenfalls dafür, daß jetzt ganze Arbeit gemacht werden soll.

★

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt:

Mit der Bildung des Kabinetts Stresemann auf breiter Grundlage hat auch im Reich ein Gedanke seine Verwirklichung gefunden, der bereits vor Jahresfrist im Interesse der Republik in Preußen durchgeführt wurde. Es verlohnt nicht, heute einer Regierung Vorschlagsgeber zu sein, die berufen sein soll, die schwierigste Situation zu lösen, die bisher in Deutschland zu meistern war. Aber eines muß gesagt werden, drei Viertel der Mitglieder des Kabinetts Stresemann sind überzeugte Republikaner und der Rest steht dem republikanischen Staatsgedanken innerlich nicht mehr fremd gegenüber. Durch Taten werden die neuen Männer, insbesondere aber unsere Vertrauensleute in der Regierung, beweisen müssen, daß die Hoffnungen, die ein großer Teil des Volkes auf sie setzt, zu Recht bestehen. Wie alle vergangenen Regierungen werden wir auch das neue Kabinett nach seinen Taten beurteilen und dort Kritik üben, wo es im Interesse des Volkes notwendig ist. Aber es ist nutzlos und das sei vor allen Dingen den Genossen gesagt, die auch heute noch dem Gedanken der großen Koalition ablehnend gegenüberstehen, jetzt den Männern, die in der Ueberzeugung, der Arbeiterkraft zu helfen, in das Ministerium eintraten, durch sinnlose Kritik ihre eigene Aufgabe noch unentwähliger zu machen als sie jetzt ist. Unsere Parteifreunde, die in der Reichstagsfraktion glaubten, dem jetzt durchgeführten Gedanken des Wort nicht reden zu können, haben bereits eine Erklärung abgegeben, in der sie sich bereit zeigen, trotz aller Gegnerlichkeit gegen die große Koalition loyal für die Partei im Interesse der Arbeiterschaft weiterzuwirken. Das Gleiche muß und kann die Partei von allen Genossen verlangen!

England erhebt sich gegen Frankreich.

Die Ruhrbesetzung rechtswidrig.

London, 12. August.

Nach einer Meldung des Reuters Bureau weiß die gesamte Welt, daß die französische Regierung eine Note an den britischen Botschafter in London im Bezug auf die Besetzung der Ruhr abgeben hat.

Die Note des in Spa festgesetzten Verteilungsschlüssels der Reparationsleistungen zugunsten Frankreichs und Belgiens hinauslaufen. Die britische Regierung sei immer noch der Meinung, daß die gesamte Reparationssumme durch eine unparteiische internationale Feststellung bestimmt werden soll. In der Note wird der Standpunkt vertreten, daß die

Belegung des Ruhrgebiets keine auf Grund

des Friedensvertrages berechnete Sanktion sei. Die britische Regierung sei jedoch willens, die Frage der Rechtmäßigkeit dem Internationalen Gerichtshof in Haag zu unterbreiten. Sie sei bereit, ihre Zahlungsforderungen an die Alliierten und an Deutschland auf eine Summe zu begrenzen, welche annähernd 14 Milliarden Goldmark beträgt, und welche den Wert der fundierten britischen Schuld an die Vereinigten Staaten darstellt. Großbritannien wolle, daß Deutschland bis zur äußersten Grenze seiner Fähigkeit Reparationen leistet. Die französisch-belgischen Methoden halte jedoch die britische Regierung als zum Scheitern verurteilt.

In einem besonderen Memorandum über die interalliierten Schulden erklärt die britische Regierung, daß irgend ein Nachschuß nur gewährt werden könne, wenn eine feste Regelung der Reparationsfrage getroffen worden ist. Sie betont, der erste Schritt müsse die Erzielung einer Uebereinstimmung der Alliierten über die Höchstsumme sein, die man vernünftigerweise von Deutschland erhalten kann. Die britische Regierung erklärt, daß die

französische Schuld an Großbritannien nicht abgelehnt

werden könne und ist der Ansicht, daß mit der Bezahlung der Zinsen begonnen werden sollte, sobald das Verhältnis des Pfund Sterling zum Franken einigermaßen stabil geworden sei.

Das neue Kabinett könnte keinen größeren Fehler begehen als auf Grund der Schärfe der englischen Note neue Hoffnungen auf eine englische Intervention zugunsten Deutschlands zu setzen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrem bekanntem Programm, das sich Herr Stresemann zu eigen gemacht hat, befanntlich auch eine größere Aktivität in der Außenpolitik verlangt. Diese Aktivität muß allen Ententemächten gegenüber geübt werden. Sie darf sich in Zukunft nicht ausschließlich auf England beschränken, sondern muß auch auf Frankreich ausgedehnt werden. Das ist im Interesse einer befriedigenden Lösung des Ruhrkonflikts notwendig.

Lebensmittelnot im Westen.

SPD. Elberfeld, 13. August (Eig. Draht.)

Die Lage im Ruhrgebiet ist im allgemeinen so, daß nur die schnellste Zufuhr von Lebensmitteln eine Entspannung bringen kann. In eigentlichen Herzen des Gebietes, in den Gelsenkirchener Buchumer und Redlingshauer Revieren sind Lebensmittel so gut wie gar nicht mehr vorhanden. Die Geschäfte haben geschlossen und überall Schilder angebracht: „Ausverkauft!“ In Gelsenkirchen hat am Sonntag nur eine Restauration Mahlzeiten verabreicht und diese zum Preise von 800 000 M. für die Portion. Dazu kommt der Mangel an Zahlungsmitteln. Im Revier Redlingshausen über die Bergarbeiter, soweit sie nicht streiken, passive Resistenz, um die Auszahlung der fälligen Löhne zu erzwingen. Im allgemeinen ruht die Arbeit fast völlig, auch die Berrichtungsarbeiten sind eingestellt. Der Zustand ist äußerst gefährlich, die Krise wird insbesondere dann eintreten, wenn die Arbeiterschaft Geld in die Hand bekommt und keine Lebensmittel kaufen kann. Die Versorgung mit Massentiermehl, vor allem Kartoffeln und Fetten, ist dringend geboten.

In vielen Orten des Ruhrgebietes ist es in den letzten Tagen zu Unruhen gekommen. Die Vorgänge in Reitivig haben drei Tote und mehrere Verwundete erfordert. Im Dortmund Revier kam es zu Plünderungen in Strömberg und zu Zusammenstößen in der Stadt Dortmund selbst. Weitere Plünderungen fanden in Redlingshausen, Hüls und Sottrop statt. In Redlingshausen-Süd wurde das große Warenhaus Gebr. Sternberg völlig ausgeplündert. Die Bewegung ist scheinbar von zentraler Stelle aus geleitet, was aus gewissen parallelen Erscheinungen hervorgeht. So wurden z. B. auf sämtlichen Kohlenbahnen im Dortmund Revier, in Redlingshausen und auf den Stimmischen-Jochen in Gelsenkirchen weithin hörbare Galgen errichtet, an denen Puppen hängen mit der Aufschrift: „Stimme“ oder „Cuno“. In Rotthausen verurteilte die Gelsenkirchener Blau Polizei, diese Galgen vom Marktplatz zu entfernen. Sie wurde zurückgeschlagen, wobei ein Polizeibeamter getötet wurde. Später riefen 150 Polizeibeamte aus Essen an, die sich behaupteten. In Gelsenkirchen kam es in den letzten Tagen zu Zusammenstößen und Schlägereien zwischen der Bevölkerung und der blauen Polizei. Dabei ging die Polizei mit blauer Waffe vor. Es soll drei Tote und über hundert Schwerverletzte gegeben haben.

★

SPD. Dortmund, 13. August (Eig. Draht.)

Eine am Sonntag stattgefundene Konferenz der Vertrauensleute der SPD. aus dem besetzten Gebiet, Bezirk Westliches Westfalen, an der auch der Sekretär der Zweiten Internationalen vom Shaw aus London teilnahm, befaßte sich eingehend mit der augenblicklichen Lage in Deutschland, den Aufgaben der Sozialdemokratie. Mit großer Mehrheit wurde folgende Entschließung angenommen:

Die Konferenz begrüßt, daß die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages die Cuno-Regierung zum Rücktritt gezwungen hat. Sie billigt auch den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung, vorausgesetzt, daß die zur Durchführung des Erfüllungsprogramms und zur Lösung des Ruhr- und Reparationsproblems von der Sozialdemokratie gestellten Forderungen angenommen und eifrigstenfalls geleistet werden.

Eine zweite vorgelegte Resolution, in der eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung in der großen Koalition verlangt wurde, wurde abgelehnt.

Die Lage in Leipzig.

SPD. Leipzig, 13. August (Eig. Draht.)

In den großen Betrieben der westlichen Vororte setzten die Kommunisten ihre Bestrebungen, die Fabriken zwangsweise stillzulegen, fort. Im allgemeinen hatten sie dabei nicht den erhofften Erfolg. Am Montag nachmittag veranstalteten die Kommunisten auf dem Augustusplatz eine Demonstration. Die Demonstranten zogen an dem Polizeipräsidium vorbei nach dem Reichsgerichtshof, wo sich die Demonstration ohne Zwischenfälle abspielte. Trotz der riesenhafte Reklame, der aufreizenden Propaganda und der Anwendung von Terrorakten beteiligten sich nur etwa 20-25 000 Personen. Beifolgende hatte die große Eisenbahndirektion von Gera...

die bisher eine Hochburg der Kommunisten darstellte, die Beteiligung an der Demonstration abgelehnt. Bei der Kundgebung wurde von den kommunistischen Rednern in der bekannten Weise von einem 24stündigen Generalstreik angefordert, der am Dienstag früh einlehen soll. Den Forderungen der SPD., die sich an den Berliner Forderungen halten, wurde zugestimmt. Die Kommunisten machen große Anstrengungen, die Arbeiter der Elektrizitätswerke zur Beteiligung am Streik zu gewinnen, um dadurch zu erreichen, daß auch andere industrielle Werke zwangsweise stillgelegt werden müssen. Die Gasarbeiter, die seit Sonnabend wegen der sofortigen Auszahlung einer ihnen zugesprochenen Lohnnachzahlung in die passive Resistenz eingetreten waren, haben am Montag mittag die Arbeit wieder aufgenommen. In der weiteren Umgebung Leipzigs, besonders im Bornaer Braunkohlenrevier, sind die Arbeiter in den letzten Tagen dazu übergegangen, bei den Landwirten Beschlagnahmen und Zwangskäufe vorzunehmen. Am Sonntag haben die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften, Vertretern des Handels, des Landbundes und der Behörden stattgefunden. Sie führten zu einer Verständigung. Die Vertreter des Landbundes erklärten sich bereit, ihre Mitglieder anzuhalten, Frühkartoffeln zum Preise von 6500 Mark für das Volk zu liefern. Für eine einmalige Brotzulage in der nächsten Woche in Höhe der doppelten Ration will der Landbund 1100 Zentner Getreide zum Umlagepreis von 115 000 Mark für den Zentner liefern. Außerdem soll Fleisch zu wesentlich billigerem Preise abgegeben werden. Auf Grund dieser Abmachungen ist die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit zu erwarten.

Die kommunistische Generalstreikparole.

Berlin, 13. August.

Die Kommunisten mußten sich bereits am Sonnabend und Sonntag davon überzeugen, daß ihre Generalstreikparole ein Reinfall war. Deshalb gingen sie am Montag mit Gewalt gegen die Arbeitswilligen vor, besetzten vor Arbeitsbeginn die Eingänge mehrerer großer Werke oder hielten die Arbeiter aus den Betrieben heraus. Nur auf diese Art und Weise ist es ihnen gelungen, jetzt auch die Hoch-, Untergrundbahn sowie den Autobusverkehr stillzulegen, sodaß die Berliner Bevölkerung abgesehen von den Privatdroshen und Autos, ausschließlich auf den Stadtbahnverkehr angewiesen ist. Auch hier haben die kommunistischen Rowdys zwar ihr Heil versucht — aber vergeblich. U. a. wurde von ihnen am Montag auch eine Bootmenschenfahrt ausgearbeitet und der Vorsitzende des Ortsrats vom Metallarbeiterverband regelrecht verprügelt. Mißlingen ist die Absicht, in die Reichsdruckerei einzubringen und dort die Aufrechterhaltung des Betriebes durch Demolierung sämtlicher Maschinen unmöglich zu machen. Dieser Plan war für die Nacht vom Sonntag zum Montag großartig vorbereitet, wurde aber vorzeitig der Polizei bekannt und konnte infolgedessen vereitelt werden. Am Montag wurde die Reichsdruckerei von einem starken Schupoaufgebot geschützt. Inzwischen hat die Polizei eine ganze Reihe der Rebellenführer, die sich wegen Hausfriedensbruchs zu verantworten haben werden, verhaftet. Es handelt sich fast ausschließlich um eingetragene Mitglieder der kommunistischen Partei, die durch ihre Gewalttätigkeiten, die an sich schon darstellende Arbeiterschaft auch noch um die letzte Verdienstmöglichkeit gebracht haben.

Der Bundesvorstand des DGB. und des Afa-Bundes wandten sich anlässlich der haarträubenden Zustände erneut an die Berliner Arbeiterschaft und forderte sie auf, die Gemeinschaft mit den kommunistischen Plänen abzulehnen und gewerkschaftliche Disziplin zu halten.

Zwangswise Einziehung von Devisen!

Die Arbeit des Steuerauschniffes.

In der Montagssitzung des Reichstags-Steuerausschusses wurde die Entscheidung über die zwangsweise Einziehung von Devisen gegen Goldanleihe zurückgestellt, da in der zur Verfügung stehenden kurzen Frist eine Verständigung über die zweckmäßige Fassung dieser Bestimmung nicht möglich war. Auf die ausdrückliche Anfrage der sozialdemokratischen Vertreter erklärten sich Demokraten und Deutsche Volkspartei jedoch einverstanden, diese Frage noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages im Steuerauschniff endgültig zu lösen. Gleichzeitig wurde die Frage einer Amnestie für Devisenbesitzer, die gegen die Devisenordnung verstoßen haben, nunmehr aber Devisen gegen Goldanleihe abgeben, zurückgestellt.

Der Ausschuss trat dann in eine zweite Lesung des § 1 ein. Es handelte sich um die Frage, ob die Regierung ermächtigt werden soll, von sich aus die notwendige Deckung für den Zinsendienst durch Zuschläge zur Vermögensteuer zu beschaffen, oder ob sie dabei an die Zustimmung des Reichsrats und des Steuerauschniffes gebunden werden soll. Die sozialdemokratischen Vertreter wandten sich gegen den Vorschlag, die Erhebung von Zuschlägen an die Zustimmung von Reichsrat und Steuerauschniff zu binden, da dadurch eine gewisse Unsicherheit über die Deckung für den Zinsendienst geschaffen werde. In der Abstimmung wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ein Kompromißvorschlag angenommen, der das Prinzip der Erhebung von Zuschlägen von vornherein feststellt, die Entscheidung über die Höhe aber an die Zustimmung von Reichsrat und Steuerauschniff bindet. Ein weiterer Differenzpunkt war die Befreiung der Goldanleihebesitzer von der Erbschaftsteuer für die Beträge der Goldanleihe, die sie entweder selbst gezeichnet haben oder die Stücke im Laufe eines Jahres nach der Verlegung gekauft haben. Die Sozialdemokraten verlangten, die Frist von einem Jahre auf sechs Monate abzukürzen, um eine spekulative Ausschöpfung der Erbschaftsteuer zu verhindern. Nach längeren Beratungen einigte man sich darauf, die Befreiungsfrist bis zum 15. Mai 1924 auszudehnen. Die Deutschnationalen wandten sich gegen diese Bestimmung, indem sie wieder Klage über die steuerliche Belastung der Landwirtschaft erhoben. — Der Steuerauschniff wird noch vor der Vertagung des Reichstages wieder zusammentreten, um die noch ausstehenden finanz- und währungspolitischen Fragen, darunter die Frage der

Erfassung der Sachwerte, zu beraten.

Lübecker Teuerungsziffern

am 13. August 1923.

Teuerungszahl	Indexziffer (1913/14=1)	Steigerung gegenüber dem Vormonat	gegenüber dem Durchschnitt
Lebenshaltungskosten mit Bekleidung	42 135 206	449 155	1640
ohne Bekleidung	80 240 821	891 622	1678

Volkswirtschaft

W.D. Wertbeständige Anlagen und Wohnungsbau. Die Form der wertbeständigen Kredite findet immer mehr auf einem Gebiete Eingang, von dem man es am allerwenigsten hätte erwarten können, nämlich auf dem Gebiete des Wohnungsbauwesens. Da die Wohnungsmieten der behördlichen Regelung unterliegen und jede Mietpreiserhöhung bei der außerordentlichen Verteuerung der übrigen Lebenshaltung auf einen starken, oft über das sachlich richtige Maß hinausgehenden Widerstand der Mieterverbände stößt, ist es um so auffällender, daß man jetzt 3 Milliarden Mark als sachlichen Fonds zur Herstellung von Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung herausgegeben hat, die auf wertbeständiger Grundlage auszugeben werden sollen. Allerdings soll die Geldentwertung nicht in der radikalen Weise berücksichtigt werden, wie von der übrigen Wirtschaft, wo in der Regel der Dollarkurs zur Grundlage der Preis- und Zinsberechnung gemacht wird. Man will vielmehr sich auf den Roggen- und Kaltpreis stützen, und wenn dieser sich erhöht, um 50 Prozent Steigerung des Preises als Geldentwertungsmaßstab berechnen. Soeben wurde außerdem zur Durchführung des Gedankens der wertbeständigen Wohnungsbaukredite unter Teilnahme des Reichsarbeitsministeriums vom Reichsverband der Wohnungs- und Bauvereinigungen und der mit der Verwaltung der staatlichen Wohnungsbaukredite betrauten Preussischen Landespfandbriefanstalt die Deutsche Wohnstätten-Bank A.-G. gegründet, ein gemeinsames Unternehmen, das Hypotheken auf der Goldbasis vergeben soll. Für den Gegenwert der Hypotheken sollen wertbeständige Wohnstätten-Rentenbriefe ausgegeben werden. Man hofft auf diese Weise eine Belebung des Siedlungswohnungsbauwesens. Wenn es fraglos auch weite Kreise gibt, die sich kaufkräftig genug fühlen, um das Risiko der Geldentwertung beim Bau von Wohnungen einzugehen, so ist doch die große Masse der Wohnungsbedürftigen Proletariat kaum in der Lage, die hohen und mit der Geldentwertung steigenden Beträge für die Verzinsung auf sich zu nehmen. Das wird erst dann der Fall sein, wenn wirklich wertbeständige Löhne allgemein eingeführt sind. Immerhin bietet die Vergabe wertbeständiger Hypotheken große Aussichten bei der Förderung der Wohnungsbauaktivität insofern, als es jetzt möglich ist, die Beleihungsgrenze für neue Häuser wesentlich zu erhöhen und dadurch manchen Wohnungsbedürftigen, denen es nicht möglich war, die zum Wohnungsbau notwendigen Kredite zu bekommen, jetzt die Baukräftigkeit zu erlangen.

W.D. Zur Beurteilung des Geschäftsganges der Industrie ist die Beobachtung des Arbeitsmarktes ein wesentliches Erfordernis. Neben den Berichten, die das „Reichsarbeitsblatt“ sammelt und die von den einzelnen Gewerkschaften erstattet werden, sind besonders die wöchentlichen statistischen Erhebungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes über die Arbeitslage in der Metallindustrie von großer grundsätzlicher und praktischer Bedeutung. In der Woche vom 15. bis 21. Juli 1923 waren danach in 22 189 Betrieben von 1 670 257 Arbeitern 87,2 v. H. (in der Vorwoche 87,2 v. H.) Vollarbeiter, 9,9 v. H. (9,9 v. H. Kurzarbeiter und 2,9 v. H. (2,9 v. H.) Arbeitslose. Die Dauer der Kurzarbeit verteilt sich auf die davon betroffenen Arbeiter wie folgt: bis 8 Stunden 19,2 v. H. (20,5 v. H.), 9—16 Stunden 23,9 v. H. (29,5 v. H.), 17—24 Stunden 28,7 v. H. (35,2 v. H.), 25 und mehr Stunden 28,2 v. H. (17,0 v. H.). Den größten Anteil an Vollarbeitern in der Berichtswche haben die Bezirke Bielefeld mit 99,4 v. H., Königsberg mit 96,5 v. H., Breslau mit 95,5 v. H., während die Kurzarbeiter in den Bezirken Köln mit 49,7 v. H., Hagen mit 23,6 v. H., Frankfurt mit 14,8 v. H. am härtesten betroffen sind. Die Zahl der Arbeitslosen ist am höchsten in den beiden Bezirken Stuttgart (7,2 v. H.) und Pagen (6,7 v. H.). In den bestehenden Verwaltungen beträgt die Zahl der arbeitslosen Mitglieder 3,5 v. H. gegenüber 3,5 v. H. in der Vorwoche. Die Lage des Arbeitsmarktes in der Berichtswche blieb im allgemeinen stabil, nur innerhalb der Bezirke finden kleinere Verschiebungen des Beschäftigungsgrades statt. Bemerkenswert ist, daß neben dem Mangel an Rohstoffen, worauf schon in der letzten Berichtswche hingewiesen wurde, infolge der hohen Verkaufspreise das Inland nicht mehr kaufkräftig und eine Vermehrung der Inlandaufträge nicht zu verzeichnen ist. Auf diese Umstände sind die Zahlen der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Bei dem hohen Prozentsatz von Arbeitslosen im Bezirk Stuttgart gibt Reichsarbeitsblatt den Ausschlag.

W.D. Wertbeständige Kredite der Privatbanken. Auf Anraten der Großbanken hat sich die Reichsbank bisher gegen die Einführung wertbeständiger Kredite gestäubt, und erst in allerletzter Zeit einen tastenden Versuch durch die Einführung wertbeständiger Bankkredite angekündigt. Um so mehr muß man erstaunt sein, jetzt zu hören, daß die Geldknappheit die Privatbanken dazu veranlaßt hat, ihrerseits nur noch Kredite auf wertbeständiger Grundlage abzugeben. Man will entsprechend der Steigerung der Warenpreise, die dem Kreditnehmer zugute kommen, die Geldentwertung bei der Rückzahlung der Kredite berücksichtigen. Man sieht, die Banken können ja, sie können auch anders. Im Zentralausfluß der Reichsbank stimmt man gegen Diskonterhöhung, für sich selbst nimmt man Zinsen von 240 bis 360 Proz. Der Gedanke wertbeständiger Anlagen und Kredite wird bekräftigt, man selber aber findet sich selbst dazu bereit — immer, wie es gerade am besten mit dem Privatprofißt zusammenstimmt.

W.D. Genossenschaftsstatistik. Im Juni 1923 wurden 193 Genossenschaften gegründet. Da ihnen jedoch 144 Auflösungen gegenüberstehen, beträgt der Zuwachs 49. Damit ist der Gesamtbestand an Genossenschaften, ohne die Zentralgenossenschaften, auf 50 607 angewachsen gegen 50 021 am Ende vorigen Jahres, was einen Zuwachs um 586 Genossenschaften ergibt. Die Entwicklung der Konsumvereinsbewegung in den beiden letzten Monaten geht daraus hervor, daß im Mai 7 Konsumvereine, im Juni 5 mehr gegründet als aufgelöst wurden.

Saatensand im Deutschen Reiche vor der Ernte. Der nachfolgenden Witterung im Juni folgten in der ersten Jahreshälfte trockene Tage mit hochsommerlicher Hitze. Zahlreiche Gewitter um die Mitte des Monats brachten teilweise recht erhebliche Regenfälle und Abkühlung. Während es sich in Süddeutschland und einigen Gebieten Mitteldeutschlands bald wieder aufklärte und größtenteils warm und trocken blieb, herrschte im übrigen Deutschland bis zum Monatsende veränderliches, vorwiegend windiges Wetter mit vielen Regenschauern. Auf die Entwicklung der Feldfrüchte wirkte die Juliwitterung günstig ein, so daß sich die Ernteaussichten gegen den Vormonat wesentlich gebessert haben.

Der Stand der Halmsrispe war Anfang August durchweg recht zufriedenstellend. Allgemein wird hervorgehoben, daß beim Winter- wie beim Sommergetreide die Halme hoch und kräftig stehen, und daß die Ähren guten Körnerausstoß zeigen. Wenn keine Störungen durch Unwetter eintreten, rechnet man hinsichtlich des Strohertrages mit einer guten Ernte, bezüglich des Körnerertrages mit einer guten Mittelernte. Unter Zugrundelegung der Zahlenbewertung 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering, 5 = sehr gering ergibt sich für Winterweizen 2,4 (im Vormonat 2,4), Sommerweizen 2,6 (2,6), Winterroggen 2,5 (2,5), Winterroggen 2,5 (2,5), Sommerroggen 2,6 (2,7), Wintergerste 2,6 (2,5), Sommergerste 2,3 (2,5), Hafer 2,5 (2,6). Die Hackfrüchte, Kartoffeln und Rüben, haben sich nach den schädigenden Einflüssen der nachfolsten Juniwitterung zwar gut erholt; doch leiden sie in Süddeutschland bereits unter der anhaltenden Trockenheit, im übrigen Deutschland vielfach unter zu großer Kälte. Die Beurteilung der Kartoffeln lautet verschieden. Neben dicht beständigen und gut aussehenden Schlägen zeigen sich häufig lückenhafte Bestände. Die Frühkartoffeln sind teilweise klein geblieben und

liefern keine besonders große Ausbeute. Im Reichsmittel stellen sich Kartoffeln auf 3,1 (3,1), Zuckerrüben 2,9 (3,3) Runkeleiben 2,9 (3,2). Der erste Schnitt der Futterpflanzen und Wiesen ist überall gut und fast reiflos geerntet. Er lieferte durchweg gute, teilweise sehr gute Erträge.

Die Zeichnung auf die wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches nimmt am 15. August ihren Anfang. Im Anzeigenteil der Cannonend-Nummer wurden die Bedingungen für die Zeichnung bekanntgegeben.

Um den Zinsenbedarf für eine Anleihe bis zu 500 Millionen Mark Gold zu decken, sieht ein von der Reichsregierung den gleichgehenden Körperschaften vorgelegter Gesetzentwurf die Ermächtigung für die Reichsregierung vor, Zuschläge zur Vermögenssteuer zu erheben. Zur besonderen Sicherung der Kapitalrückzahlung ermächtigt der Gesetzentwurf die Reichsregierung, die einzelnen Vermögenssteuerpflichtigen nach dem Verhältnis ihres steuerbaren Vermögens zur Aufbringung des Kapitalbedarfs beizuzugreifen. Demnach sind Zinsen und Kapitalrückzahlung der Anleihe durch die Gesamtheit der deutschen Privatvermögen gesichert. Die Anleihe ist zudem mit besonderen steuerlichen Vorzügen ausgestattet: Schutzzeichneter und im ersten Jahr erwerbende Anleihe ist von der Erbschaftsteuer frei; auf Anleihe in der Anleihe ist keine Einkommensteuer zu entrichten. Zeichnungsschein ist die Reichsbank mit anderen Banken, Bankfirmen und sonstigen Geldinstituten. Der Zeichner kann aber auch jede andere nicht als Annahmestelle bestellte Bank oder Bankfirma mit der Zeichnung beauftragen.

Vermischte Nachrichten.

Der erste Schöffe. Wegen übermäßiger Preissteigerung beim Verkauf eines Gummiknüppels hatte der Fabrikant Olang aus Dresden einen richterlichen Strafbefehl über 50 000 Mark erhalten, dagegen aber Einspruch erhoben. Es war Anfang Februar. Die Forderung erfolgte auf die Gemeinde Cosmannsdorf, die zuvor erst angefragt, wie teuer ein derartiges Prügelinstrument sei und die den Bescheid erhalten hatte, er koste 500 Mark. Die Rechnung war dann wiederum etwas später ausgeschrieben und als Betrag 4000 Mk. eingepreist worden. Daraufhin erfolgte Anzeigebild bei der Preisprüfungsstelle. Die Ermittlungen ergaben, daß Olang jenen Gummiknüppel im August vorigen Jahres auf Lager genommen und damals 67,50 Mk. bezahlt, bei Witz ab den neuen Einkaufspreis zugrunde gelegt hatte. In der Schöffengerichtsverhandlung erklärte Olang, er sei schon 25 Jahre Schöffe und als solcher ganz erstaunt, wie man ausgerechnet gerade ihm eine Anklage zustellen könne. Der Richter hielt dem Angeklagten vor, es sei ganz unbillig von ihm, wenn er die Rechnung nicht gleich herausschreibe und dann der neuen Anschaffungspreis seiner Berechnung und Kalkulation zugrunde lege. Man lieft heute die Ware, schreibt dann um feindlichen Zeit später die Rechnung und fordert schließlich den Preis, der nachher gerade üblich ist; so etwas geht doch über die Furchur, und das hätte Ingefalliger als ein langjähriger Schöffe recht gut wissen müssen. Nach dieser Belehrung durch den Vorsitzenden brachte Olang ein neues Erstanten zum Ausdruck. Die Gemeinde Cosmannsdorf hätte ihn doch nur anrufen und Vorhalte machen können, daß ein Ingefalliger einen derartig niedrigen Preis angegeben. Er würde hierauf sofort den Betrag zurückgezahlt haben. Der betreffende Angeklagte bekomme dann einen ordentlichen Anwalt und die ganze Geschichte wäre so ohne Gericht erledigt worden. Er sei einfach erstaunt über die Gemeindevorwaltung in Cosmannsdorf und auch über das Gericht; er fordere keine Freisprechung. Auf letztere kam das Gericht nicht zu, sondern beflegte sich bei den 50 000 Mk., und abertausend ganz erstaunt, verließ der langjährige Schöffe das Gericht.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Leber. Für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Korpulenz ist unschön

und ungesund. Wir raten Ihnen, 30 Gramm echte Soluba-Kerne zu kaufen, die wirksam, völlig unschädlich, fettzehrende Stoffe enthalten, davon nehmen Sie 2mal täglich 1—2 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apothek, Mengstr. 10. (5262)

Drei Soldaten.

Roman von Jon des Passes

Aus dem amerikanischen Manuskript überfetzt von Julian Gumpertz. (Nachdruck verboten. Der Rast-Verlag, Berlin.)

78. Fortsetzung.
„Ja, ich erinnere mich sogar, daß er mir von einem erzählte, der Al die. Er erzählte mir immer, wie ich zusammen nach dem Hafen rausgegangen sei und die großen Schiffe mit ihren Vatern nachts durch das Goldene Tor herinkommen sah. Und er erzählte mir auch, daß er immer davon gesprochen habe, mit einem solchen Schiff einmal nach Europa zu fahren.“
„Darum mußte ich in Straßburg an ihn denken!“ rief Al vor Aufregung zitternd. „Weil es da so pittoresk war...“
„Dan, der ist sicher schon Offizier heute.“
„Nein“, antwortete Andrews. „Aber bleib doch ruhig. Paß auf deine Hand auf.“
„Verdamnte Hand. Was schon heißen, wenn ich nur nicht daran denke.“
„Der Chint erzählt, daß man auf der Avenue Maguenna Barrakaden errichtet.“
„Es geht los Junge.“
„Ah was!“ rief Slippert von seinem Fensterplatz aus, wo er und Christfield über die Würfel gebeugt standen. „Ein Land und einige Schwarze, dann laufen deine gottverfluchten Sozialisten so schnell, daß sie vor Dijon überhaupt nicht zum Halten kommen. Ihr Kerls solltet doch mehr Verstand haben.“
Slippert kam zum Bett hinüber und schüttelte die Würfel in der Hand.
„Da braucht man mehr als eine Handvoll von den Böses bezahlter Sozialisten, um die Armee nieder zu kriegen. Meint ihr nicht, daß, wenn man sie niederkriegen könnte, die Leute das schon längst getan haben würden?“
„Sei mal 'n Augenblick still. Ich dachte, ich hätte was gehört“, sagte Christfield plötzlich und ging an das Fenster. Sie hielten den Atem an. Das Bett freilichte, als Al sich unruhig hin und her bewegte. „Nein, es war nichts. Ich dachte, ich hätte Leute jenseits gehört.“
„Die Internationale!“ rief Christfield leise und mürrisch.
Durch die Stille des Zimmers hörten sie Schritte auf der Treppe.
„s ist schon gut, es ist nur Smiddy“, sagte Slippert und warf die Würfel wieder aus.
Die Tür öffnete sich langsam, und herein trat ein großer Mann mit abschüssigen Schultern, langem Gesicht und langen Zähnen.
„Wer ist der Franzmann?“ fragte er erschreckt, mit einer Hand am Türknopf.
„Ich schon gut, Smiddy. Ist kein Franzose. Ist'n alter Kamerad von Chris. Hat die Uniform ausgezogen.“
„So“, sagte Smiddy und schüttelte Andrews die Hand. „Stehst du wie ein leibhaftiger Franzmann da?“
„s ist gut ja“, erwiderte Andrews.
„Der Teufel ist los“, brach Smiddy plötzlich stemmas aus.

„Ihr kennt doch Gus Evans und den kleinen Schwarzhaarigen, der immer mit ihm ist? Die haben sie gefaßt. Habe es selbst gesehen, am Place de la Bastille, und einer erzählte mir da unter der Brücke, wo ich die letzte Nacht geschlafen habe, daß ihm einer gefaßt habe, man werde ganz Paris nach Deserteuren durchsuchen, auch wenn man jedes einzelne Haus Zimmer für Zimmer durchsuchen müsse.“

„Wenn die hierher kommen, wird ihnen was passieren, worauf sie nicht gefaßt sind“, murmelte Christfield.
„Ich gehe nach Rizza, 's wird mir hier zu heiß“, sagte Slippert.
„Ich habe Reisepapiere in der Tasche.“
„Wie bist du daran gekommen?“

„Leicht wie Kuchen“, sagte Slippert und steckte sich eine Zigarette an. „Habe in einer Bar einen Leutnant getroffen. Wir haben zusammen gelassen und waren dann bei zwei Weibern, die ich kenne. Morgens bin ich in aller Frühe aufgestanden, und jetzt habe ich 5000 Franken und 'nen Urlaubsschein und eine silberne Zigarettenschachtel, und Leutnant J. S. Franklin läuft herum und erzählt, er sei von einer Pariser Sure ausgeraubt worden; oder vielleicht zieht er vor, nichts von der Geschichte zu erzählen. Das ist mein System.“

„Aber Gott verdammt noch mal, ich verstehe nicht, wie du dich mit einem herumtreiben kannst und mit ihm trinken und ihn dann auszurauben!“ rief Al vom Bett aus.

„Meinst du vielleicht, wenn der gewußt hätte, daß ich nur 'n Gemeiner bin, der hätte mich nicht sofort der Militärpolizei ausgeliefert, was?“

„Nein, nein“, sagte Al, „die sind genau wie wir, erschreckt bis dorthinaus, daß sie Dummheiten machen, aber die geben niemanden an, wenn sie nicht müssen.“

„Das ist 'ne gottverdammte Lüge!“ schrie Christfield. „Die reiten auf dir herum, weil sie 's gern tun. 'n Gemeiner, der ist für sie weniger als 'n Hund. Ich würde jeden von ihnen über 'n Haufen schlagen, wie 'n Nigger.“

Andrews beobachtete Christfields Gesicht. Es wurde plötzlich ganz rot. Christfields Augen sahen angstvoll zu Andrews hinüber.

„Es gibt alle möglichen Sorten von Offizieren, wie es alle möglichen Sorten von uns gibt“, beharrte Al.
„Aber hört doch mal endlich auf, ihr verdammten Dummköpfe, ihr!“ schrie Smiddy. „Was zum Teufel sollen wir denn tun? Es ist hier nicht mehr sicher.“

Sie schwiegen. Endlich sagte Christfield:
„Was wirst du tun, Andy?“
„Ich weiß nicht recht. Werde nicht in Paris bleiben. Insuperdem muß ich hier noch ein Mädchen aufsuchen. Ich will sie sehen.“

Andrews brach plötzlich ab und begann im Zimmer auf und ab zu gehen.
„Du mußt verdammt vorsichtig sein. Wenn sie dich schnappen, erschließen sie dich“, sagte Slippert.

Andrews zuckte die Achseln.
„Ich würde lieber erschossen werden, als auf 20 Jahre nach Leadenworth gehen“, rief Al.

„Habt ihr hier was zu essen?“ fragte Slippert.
„Werde mal sehen, ob ich hier was kaufen kann“, sagte Andrews.

„Gut, hier sind 20 Franken.“ sagte Slippert und gab Andrews einen Schein. Christfield folgte Andrews die Treppe hinunter. Als sie den Durchgang am Treppeneck erreicht hatten, legte er seine Hand auf Andrews Schulter und flüsterte: „Sag, Andy, glaubst du, daß was mit 'ner Revolution los ist? Habe noch nie daran gedacht, daß man gegen das System angehen kann.“

„In Rußland haben sie es ja getan.“
„Dann wären wir ja frei, Andy, wie vor dem Kriege! Aber das ist nicht möglich, Andy, das ist nicht möglich, Andy.“

„Wollen sehen“, sagte Andrews, als er die Tür zur Bar öffnete. Er ging aufgesetzt zu dem Chint hinüber, der hinter einer Reihe von Flaschen in der Bar saß.

„Was ist los?“
„Wo?“ sagte der.
„Am Gare de l'Est, wo sie Barrakaden errichtet haben.“

„Barrakaden?“ rief ein junger Mann in einem roten Anzug, der an einem Tisch saß und trank. „Die haben ja nur einige eiserne Gitter heruntergerissen; wenn Sie das Barrakaden nennen! Aber es sind ja Festungen! Wenn die Stopps kommen, kaufen sie Dreifache Freiglinge.“

„Glauben Sie, daß was geschehen wird?“
„Was kann denn geschehen, mit diesem Rabel dreidiger Feiglinge?“

„Was halten Sie davon?“ sagte Andrews und wandte sich an den Chint. Der Chint schüttelte den Kopf ohne zu antworten. Andrews ging hinaus. Als er zurückkam, fand er Al und Christfield allein im Zimmer. Christfield ging auf und ab und biß sich die Fingernägel. Auf der Wand gegenüber dem Fenster lag ein rechteckiger Sonnenfleck, der von der gegenüberliegenden Wand des Hofes reflektiert war.

„Am Gottes willen, Chris, mach, daß du fortkommst. Ich werd's schon allein schaffen“, sagte Al gerade mit schwacher Stimme. Sein Gesicht war vor Schmerz verzogen.

„Was ist los?“ rief Andrews und legte ein großes Paket nieder.

„Slippert hat die Militärpolizei hier in der Nähe herumlungern sehen.“

„Großer Gott!“
„Die Anderen sind weg...“
„Al ist zu krank... Al, ich bleibe bei dir.“

„Nein, wenn du 'ne Stelle weißt, wo du hinkommst, Chris, mach, daß du fortkommst. Ich bleibe hier bei Al und spreche ja noch mit der Militärpolizei, wenn sie kommt. Wir werden sie schon an der Nase herumführen.“

Andrews schüttelte sich plötzlich sehr froh und glücklich.
„Wirklich, bei Gott, Andy, ich würde bleiben, wenn dieser Sergeant nicht dazwischen wüßte“, sagte Christfield trampfhaft.

„Mach, daß du davonkommst, Chris. Es ist vielleicht keine Zeit mehr zu verlieren.“

„Auf Wiedersehen, Andy!“
Christfield schloß die Tür.

„Komisch Al“, sagte Andrews und lehnte sich auf das Bettende und packte das Essen aus. „Ich habe überhaupt keine Angst mehr. Ich denke, ich habe mich von der Kurie befreit. Al, wie geht's deiner Hand?“

(Fortsetzung folgt.)

Amflicher Teil

Das Gesetz- u. Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 58 vom 14. August 1923 enthält:

Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Kleinrentnerfürsorge vom 4. Februar 1923. Gebühreordnung des Stadt- und Landamtes. Siebenter Nachtrag zum Tarif für die Schlepplöcher vom 3. Februar 1923, die bei Benutzung der vom Staate Lübeck betriebenen oder zugelassenen Schleppdampfer auf dem Elbe-Drave-Kanal zu entrichten sind.

Siebenter Nachtrag

zu der Verordnung vom 5. Juni 1920, betreffend den Markt am Holstentor.

Im § 4 Ziffer 3 Satz 1 werden die Beträge von 18 000 und 12 000 M., erhöht auf 40 000 und 80 000 M.

Lübeck, den 13. August 1923. Das Polizeiamt.

13. Nachtrag

zur städtischen Abfuhrordnung v. 1. April 1919. (Veröffentlicht am 14. August 1923.)

Der § 4 erhält folgende Fassung: Die Gebühr wird am Monatsletzen erhoben und beträgt für jedes Gefäß: a) wenn es von den Hausbewohnern an den Wagen gebracht oder unmittelbar am Eingang des Grundstücks bereit gestellt wird M. 5 000.— b) wenn es aus dem Erdgeschoß, dem Garten oder vom Hofplatz abgetragen wird M. 10 000.— c) wenn es aus dem Keller oder dem ersten Obergeschoß abgetragen ist M. 15 000.— Ist das Gefäß aus noch höheren Geschossen abzutragen, so erhöht sich die Gebühr um M. 5 000.— für jedes weitere Gefäß. Die Gebühr erhöht sich um M. 5 000.— wenn das Gefäß von einer Stelle abzutragen ist, die in der Ebene gemessen, mehr als 30 Meter von der Straße entfernt ist. Für Blech, Scherben und Schlacken beträgt die Abfuhrgebühr für jedes Gefäß M. 15 000.— Die Abfuhr von Küchen- und Gemüseabfällen ist unentgeltlich.

Lübeck, 13. August 1923. Das Polizeiamt.

Im Einvernehmen mit der Finanzbehörde hat das Polizeiamt die Wanderersteuer, wie sie durch den dritten Nachtrag vom 10. Januar 1923 zu dem Gesetze vom 20. Januar 1873, betreffend die für den Gewerbebetrieb im Umherziehen zu entrichtende Steuer, festgesetzt ist, auf 10 000 M. bis 1 000 000 M. erhöht.

Lübeck, den 13. August 1923. Das Polizeiamt.

Im Einvernehmen mit der Finanzbehörde hat das Polizeiamt die durch den Nachtrag vom 10. Januar 1923 zu dem Gesetze über die Besteuerung der Wanderlager vom 28. März 1921 festgesetzte Wanderlagersteuer auf 300 000 M. bis 1 000 000 M. erhöht.

Lübeck, den 13. August 1923. Das Polizeiamt.

Nordertfähre in Travemünde.

Der Betrieb der Nordertfähre in Travemünde wird an den Turniertagen auf dem Primwall am 19., 21. und 22. August ds. Js., mittags 12 Uhr, eingestellt werden.

Lübeck, den 13. August 1923. Das Polizeiamt.

Nächste Umfahnerschaltungen bis 15. August.

Der Reichsminister der Finanzen hat auf Grund des Reichsgesetzes vom 24. Februar 1923 verordnet, daß die Umfahnersteuer in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen ist. Hiernach ist die Umfahnersteuer für die in einem Monat gefälligen Umsätze nicht mehr bis zum Schluß des folgenden Monats zu entrichten, sondern von jezt ab bis zum 10. des folgenden Monats unter gleichzeitiger Abgabe einer Voranmeldung zu zahlen. Für den Monat August ist die Steuerpflichtigen nachgelassen, die auf die Juli-Umsätze geschuldete Umfahnersteuer bis zum 15. August zu zahlen. Seit der Steuerpflichtigen bis zum Ablauf der Frist die Abschlagszahlung nicht, so legt die Steuerstelle den zu zahlenden Betrag fest. Die nicht pünktliche Leistung der Abschlagszahlung wird einem der Geldentwertung angepassten sehr erheblichen Zuschlag zur Folge haben. Falls bei der nach Abschluß des Steuerabichtens erfolgenden Veranlagung eine Umfahnersteuer festgesetzt wird, die den Gesamtbetrag der Abschlagszahlungen um mehr als 20 v. H. übersteigt, so wird die Steuer künftig nicht wie bisher nur um 10 v. H. des übersteigenden Betrages, sondern um einen viel höheren vom Reichsminister der Finanzen der Geldentwertung angepassten Hundertsatz erhöht werden. Für Steuerpflichtige, deren Umsätze im Kalenderjahre 1922 nach ihrer Erklärung oder, falls eine Veranlagung bereits erfolgt ist, nach dieser den Betrag von 15 Millionen Mark nicht übersteigen haben, bewendet es bei der vierteljährlichen Zahlung.

Die gleiche Forderung gilt für alle diejenigen, die die Holzverkaufszulage auf Grund des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse zu zahlen haben.

Das Finanzamt ist angewiesen worden, gegen künftige Zahler mit allem Nachdruck vorzugehen. Jeder Steuerpflichtige handelt daher im eigenen Interesse, wenn er seine Zahlungen pünktlich leistet.

Lübeck, den 13. August 1923. Das Finanzamt.

Die Gebühren für das Öffnen der Hafendreh- und Hubbrücken außerhalb der Betriebszeit sind erhöht.

Lübeck, den 13. August 1923. Die Baubehörde.

Notgeld.

Außer den durch überdruck hergestellten Kassenscheinen zu einer Million Mark werden von der Stadtkasse neue Scheine gleichfalls im Werte von 1 000 000.— M. herausgegeben.

Die Scheine sind auf Wasserzeichenpapier hergestellt und nur einseitig bedruckt.

Lübeck, den 13. August 1923. Das Finanzamt.

Bekanntmachung.

Die von der Handelskammer zwecks Prüfung des Fortanges der Gründung der „Vorweg & Co. Aktiengesellschaft“ zu Lübeck gemäß § 192 Abs. 2 und 3 des HGB bestellten Revisoren haben der Handelskammer eine Ausfertigung des von ihnen erstatteten Prüfungsberichts eingereicht. Der Bericht liegt in der Registratur der Handelskammer zur Einsichtnahme aus.

Lübeck, den 8. August 1923. Die Handelskammer.

Die Gebühren der Schlachthofbetriebe werden ab 15. August 1923 erhöht. (Siehe Anschlag in den Betrieben.)

Lübeck, den 14. August 1923. Die Schlachthofbehörde.

Höchstpreise

für Brennstoffe ab 15. August 1923: 26 Lager: Hartkoks ungebrochen für 1 Ztr. M. 2 480 000.— Brechkoks über 20 mm für 1 Ztr. M. 2 800 000.— Braunkohlenbriketts od. Halbfleine für 1 Ztr. M. 950 000.— Grubekoks für 1 Ztr. M. 970 000.— Eis-Anthr.-Brik. und Steinf.-Briketts M. 2 500 000.— Lübeck, d. 14. August 1923. Landesverordnungsamt.

Nichtamtlicher Teil

Plötzlich und unerwartet starb am Sonntag mittags 12 1/2 Uhr mein lieber guter Mann, meines Kindes liebevoller Vater, der Zimmerer Heinrich Werner im 82. Lebensjahre. Am tiefsten Schmerz Elisabeth Werner, geb. Franck und allen Angehörigen. Schwartau, 14. 8. 23. Beerdigung Mittwoch, 16. 8., nachm. 4 Uhr, von d. Kriessfelder Kapelle. (5290)

Zu sofort oder später in guter Gegend (5294)

Laden

möglichst mit kl. Hinterzimmer zu mieten gesucht. Ang. unter G 149 an die Exp. d. Bl.

Lebensmittel-Geschäft

in guter Gegend von Kapitalkräftig. Kaufmann zu pachten od. kaufen gesucht. Ang. unter G 150 an die Exp. d. Bl. (5295)

Gut erhalt. 2 t. Kleiderfchr. zu kaufen gesucht. Dasselbst Paar verpahte neue gelbe Schuhe, 39, amerikanische Form, geg. gleiche, 40, oder schw. Lac. breite Form, 39, zu tauschen. Ang. unt. G 148 an die Exp. d. Bl. (5293)

Kl. Haus mit Hof od. Garten zu kaufen gesucht. Volle Auszahlung kann erfolgen. Ang. unt. G 145 an die Exp. d. Bl. (5285)

Wer mächt für alleinlebenden Mann die Leibwäsche? Ang. unt. G 147 an die Exp. d. Bl. (5282)

Dr. Schmidt, Kinderarzt am 15. August von der Reise zurück. (5279)

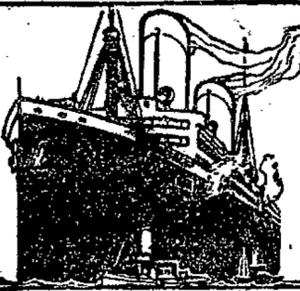
Allen denen, die den Sorg unserer lieben Entschlafenen so reich mit Kränzen schmückten und ihm das letzte Geleit gaben, dem Verband der Zimmerer, dem Soz. Verein unfern herzlichsten Dank. Familie Hering. (5280)

Haushälterin

sucht Stellung. (5292) Wickenstraße 58.

Junger, Handwerker sucht einf. Zimmer. Ang. unter G 146 an die Exp. d. Bl. (5284)

BREMEN



AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung f. Reisende aller Klassen

Reisegepäck-Versicherung Nähere Auskunft durch

NORDDEUTSCHER LLOYD

+ BREMEN + und seine Vertretungen in Lübeck: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13. (5268)

Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs, e.V. Fahrkartenausgabestelle u. Reisebureau des Norddeutschen Lloyd, Mengstr. 4 Buddenbrookhaus. in Hamburg: Norddeutscher Lloyd. Generalvertretung: Wilhelm Lazarus, Bergstraße 11, (Haus Commeter).

Der wahre Wert

eines Seifenspulvers liegt in seiner sachgemäßen Zusammensetzung. — Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand, daß mindertwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nützlich sind.

Dirin

Hentel's beliebtes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Ergiebigkeit u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Behandlung der Wäsche und

billiges Waschen

Einerbier.

Wittmoos von 4—6 Uhr. 5288) Brauerei Stamer.

künstliche Gebisse, einzelne Zähne kauft ständig Goldschmied Tollrewe 92 Königstraße 92 Kostenlos Auskunft.

Kauf v. Gold- und Silber-Druck-Gebisse, einz. Zähne.

Willi Westfening 321 Holstent. 321

Maulwurf-, Reh-, sowie alle and. Sorten Felle kaufen höchstzahlend Gebr. Wagner, Tel. 3114, Landmarktstraße 26, 4743) Holstent. 5.

Großen Posten allerersten Rindertalg

(ausgelassen) billig empfiehlt, so lange Vorrat reicht nur 500 000 Mark W. C. Köppke, Klingenberg 3-4. (5268)

Berufs- u. Vergütungs-Anzeigen.

Neuer Grundeigentümer-Verein Lübeck und Umgegend v. 1919 e. V. Dienstag, 14. Aug., abends 8 Uhr in den Centralhallen

Monats-Versammlung.

Wichtige Tagesordnung. Aufnahme neuer Mitglieder am Saaleingang. Mitgliedereinweisung ist unbedingt vorzunehmen. Der Mitgliedsbeitrag vom 1. Juli bis 31. Dez. d. Js. beträgt 5000 Mark. Um das Einziehen der Beiträge jetzt etwas schneller zu bewerkstelligen, bitten wir den Betrag mit Angabe der Mitgliedsnummer auf unser Konto sofort bei der Bank für Handel und Gewerbe oder im Geschäftszimmer Alststraße 39 von 4—7 Uhr einzuzahlen. (5291) Der Vorstand.

Fast zur Hälfte des Einkaufspreises:

Herrn, Herren und Kinderanzüge, Herren-Paletots, Mäntel, Schläpfer. Gr. Posten Hofen in vielen Qualitäten. Ein Posten Herren-Hemden und Herrenhosen, Damenwäsche, Kleider, Mäntel. Täglich Meierwerk.

Diese Preisreduzierung gilt nur bis Sonnabend, 18. August.

Kaufhaus

Franz Wehrendt

Balmerstraße 35. 5278

Kolosseum

Morgen Mittwoch Gross-Ball Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. (5264) Joh. und R. Mittag.

Kolosseum-Garten.

Heute Dienstag, 7 Uhr: Großer Konzert- und Unterhaltungs-Abend

unter Mitwirkung von:

Hilde Möbius, Reinh. Wolf, Robert Sulanke mit seinem flotten, temperamentvollen Orchester.

Bei ungünstiger Witterung im Saale. (5286)

Volkshöhne zu Lübeck e. V.

Achtung Mitglieder! Unsere Zahlstellen sind: Sporthaus Gassmann, Breite Straße 83. Papierhandlung Hünickö, Breite Straße 99. Zigarrenhaus Burgtor, Große Burgtorstraße 7. Zigarrenhandlung Barnekow, Dürtenbaumstraße 8. Zigarrenhandlung Böttcher, Jacobsb. Allee 11. Marken sind ab Mittwoch, den 15. August, erhältlich. Der Beitrag beträgt 2 Mark. Der Beitrag beträgt 2 Mark. Der Beitrag beträgt 2 Mark.

Trocadero.

Schüsselbad, 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:

Stimmungs-Konzerte.

5283

Gladbacher Südb.

Mittwoch, 7.30 Uhr: 1. Ab. Vorst. im Mittwoch-Ab. Der Feldherrnhügel. (5283) Donnerstag, 7.30 Uhr: 1. Ab. Vst. Caballeria rusticana, Bajazzo. Theaterabonnements nachm. von 3 bis 6 Uhr an der Theaterkasse.

Hansa-Theater.

Nur noch einige Tage abends 8 Uhr

„Die Entlassung“

Kaiser Wilhelm II.—Dramen-Drama in 3 Akten (5271) von Emil Ludwig.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 14. August.

August-Epistel.

Die Zeit der „Sauten Gurke“ ist da; — man macht sich überall fern und nah — auf allerlei Seltsamkeiten gefaßt, — die in des Lebens Alltagsheit — einige Abwechslung tragen hinein — inmitten von Hundstagssonnenschein. — Freilich: die Gurken steigen im Preise, — wie alles, was man an Trant und Speise — heute zum Leben gebraucht, das man — schließlich nicht kaufen und schlingen kann. — Wenn man's bedenkt: für ein kleines Brot — tut heute schon ein Vermögen not! — Wo ist das Fett, wo ist die Würst, — wo ist der wütsche Trant für den Durst? — O, in diesen selbigen Tagen — Mühte man wirklich mit Fäusten drein schlagen! — Machen nicht Hunger und Not die Kunde? — Springt nicht die Teuerung von Stunde zu Stunde? — Und das Volk läßt sich heute und bitteln, — läßt seine Knochen zusammenschütteln, — tut sich schinden, schmeißt blutigen Schweiß! — Doch immer höher klettert der Preis, — immer tiefer purzelt die Mark! — Ein Vermögen reißt jeder Quart! — Wie man sich auch geschunden hat, — man wird nicht froh mehr, man wird nicht satt, — schaut in die Zukunft mit trübem Blick, — und verflucht das harte Geschick, — das in diese Zeit uns gesteckt, — die uns mit Trümmern und Dornen bedeckt. — Ist die Ernte auch gut geraten, — nur für die Satten regnet's Dautaten! — Nacht auch das Leben in buntem Farben, — wer da hungert, kann weiter darben! — Für die einen blüht Sonnenschein, — für die andern grünt Not und Pein! — So ist es immer schon gewesen, — und so wird's bleiben im Guten und Bösen! — Daß das so ist, dem Letzten muß rauben — es die Hoffnung, den Trost und den Glauben! — Früher tröstete man sich: es muß einmal enden Qual und Bedrüb, — einmal wird Regen, sprach man, gewiß — lachendes Licht über Finsternis! — Heute haben fröhliche Raben — längst den Zukunftsglauben begeben, — heute schleicht mit mißmut'gem Sinn — man die öden Tage dahin, — heute blüht nirgends die Blume Lust — mehr im Erntemonat August!

Eine Anzahl Güte, die bei den beklagten Wertungen Vorgängen verloren gegangen, sind im Parteisekretariat, Rohannisstr. 48 I., abgegeben. Die rechtmäßigen Besitzer können sich melden.

Ein 20-Markstück nahezu 18 Millionen! Der Ankauf von Reichsbanknoten durch die Reichsbankanstalten findet vom 13. August ab bis auf weiteres zum 300 000fachen Betrag des Nennwertes statt. Gold in Münzen und Barren wird für Rechnung des Reiches durch die Reichsbankanstalten bis auf weiteres unter Zurücklegung des zuletzt festgesetzten Mittelkurses für Auszahlung Neupost an der Berliner Börse angekauft und zwar bei Mengen bis 1/2 Kilo Feingold zum Preise von 640 Dollars für das Kilogramm Feingold. Demnach würden bei einem Dollar-mittelkurs von 3 900 000 Mark für ein 20-Markstück 17 801 000 Mk. gezahlt werden. Bei Mengen über 1/2 Kilo Feingold ist der Preis bei den Reichsbankanstalten zu erfragen.

Die großen Millionenscheine. In den nächsten Tagen kommen die neuen Reichsbanknoten zu 10, 20 und 50 Millionen Mark in den Verkehr. Alle drei Scheine sind 195 Millimeter lang und 80, 83 und 86 Millimeter hoch. Sie sind auf weißem Papier nur einseitig schwarz bedruckt. Das Wasserzeichen ist rechts als Streifen eingeformt und wird in seiner Wirkung durch gelbe Färbung mit orangefarbenen und grünen Fasern unterstützt. Der Unterdruck der Noten ist verschieden, bei dem kleinsten Schein grau, beim mittleren graublau, beim 50-Millionenschein rotbraun.

Nächste Abfahrten der Hamburg-Amerika Linie. Hamburg: Nordamerika. Nach New York: D. Albert Ballin 16. 8., D. Resolute 21. 8., D. Thüringia 23. 8., D. Hansa 30. 8., D. Reliance 4. 9., D. Mount Clinton 6. 9., D. Westphalia 13. 9. Nach Philadelphia-Baltimore-Portland: D. Fürst Bülow 24. 8. Westküste-Nordamerika: D. Hessen ca. 18. 8., D. Holger 8. 9. Hamburg-Cuba-Mexiko: D. Schwarzwald 25. 8., D. Pollatia 15. 9. Hamburg-Westindien: D. Amassa 14. 8., D. Seofstris 24. 8., D. Adalia 7. 9. Hamburg-Südamerika. La Plata-Dienst: D. Teutonia 16. 8., D. Wasgenwald 18. 8., D. Waden 1. 9., D. Frankenwald 15. 9. Brasil-Dienst: D. Utmart 5. 9. Hamburg-Ostasien:

Hans Raseweis und der Storch.

Eine Kindergeschichte von M. Bauer.

Hans Raseweis war ein kleiner neugieriger Knirps und ging erst seit zwei Jahren zur Schule.

Seine Neugierde veranlaßte ihn einst, die Mutter zu fragen, woher die kleinen Kinder kommen.

Seine Mutter aber war eine in der Furcht vor dem Herrn erzogene Frau und beschied Hanschen:

„Die kleinen Kinder bringt der Storch!“ und wurde verlegen dabei.

Hans Raseweis aber befriedigte die Antwort der Mutter nicht; denn er hatte von größeren Mitgeschültern und auf der Straße anderes gehört. Daß seine Mutter verlegen geworden bei seiner Frage, gab ihm zu denken.

Hans Raseweis beschloß, wenn er einen Storch treffen würde, diesen nach dem „Woher“ der Menschenkinder zu fragen.

Alle Tage, wenn die Schule zu Ende, ging Hanschen zum Dorfe hinaus in den Wald, wo ein Weibchen im Grün des Heines träumte. Dort sollten Störche zuweilen hinkommen. Oft war Hans Raseweis schon am Waldweibchen gewesen, aber immer hatte er unverrichteter Sache heimkehren müssen.

Doch wurde Hans nicht müde, zum Waldweibchen zu gehen. Einmal mußte er doch Glück haben.

Und eines Tages ging sein Wunsch in Erfüllung. Ein alter Storch kam am Ufer dahergeschritten, Frösche zu suchen.

Mühsam sah der Herr Rot Schnabel darein; denn die Frösche hatten sich versteckt.

Hans Raseweis aber hatte sich einen Frosch gefangen. Hungerigen Magens wollte der Storch eben von dannen gehen, als ihm Hans Raseweis in den Weg trat.

„Guten Tag, Vater Storch“, redete Hans den Rot Schnabel an, „Du suchst gewiß Frösche und findest keine?“

„Ja, ja“, entgegnete der Menschenbringer.

„Die Zeiten sind schlecht und die Frösche sind ihres Wertes wert.“ Ich will dir deinen Frosch abkaufen, wenn er dir feil ist.“

„Wie er mit einem verlangenden Blick auf den Frosch in Hans Raseweis' Hand hing.“

„Wenn du mir dein Geheimnis enthüllst“, sprach Hans, „will ich dir gern meinen Frosch schenken!“

„Welches Geheimnis?“ forschte der Storch.

„Nun, ich möchte gern wissen, woher die kleinen Kinder kommen.“

„Wen ich auch frag' bis her, ich konnte es nicht recht erfahren.“

„Lagst mir, daß die Menschenkinder von dir in die Welt gebracht würden.“ Ist dem so?“

Engl. D. Abraxis 18. 8., D. Pfalz 25. 8., Engl. D. City of Karachi 1. 9., D. S. Grönland 8. 9.

Umsatzsteuerzahlungen. In der heutigen Nummer unseres Blattes veröffentlicht das Finanzamt Lübeck eine Bekanntmachung über Umsatzsteuerzahlungen, worauf besonders hingewiesen wird.

Zur Lebensmittelversorgung.

Infolge der Ereignisse der letzten Tage ist zu befürchten, daß Erzeuger landwirtschaftlicher Waren, die zur Versorgung der Einwohner Lübecks unbedingt erforderlich sind, sich abhalten lassen, solche Produkte auf den Markt zu bringen. Befürchtungen, als wenn für ihre Sicherheit nicht gesorgt wäre, sind völlig unbegründet, für den erforderlichen Schutz ist durchaus Sorge getragen. Es ist zu hoffen, daß dieser Hinweis genügen wird, die Belieferung des Marktes in gewohnter Weise zu regeln.

Sinnsprüche auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Mittwoch wird die lustige Schnurre von Roda-Roda und Carl Köster: „Der Feldherrnhügel“ gegeben. Regie: Ziegler. Fast das gesamte Schauspielpersonal ist in dem Stück beschäftigt. Donnerstag: „Cavalleria rusticana“ und „Bajazzo“. Regie: Kurt Daum. Musikalische Leitung: Kapellmeister Paul Della als Gast. Das Repertoire erfährt insofern eine Veränderung, als am Sonnabend für die Volksbühne „Fatiniga“ gegeben wird und am Sonntag: „Cavalleria rusticana“ und „Bajazzo“.

Haus-Theater. Nur noch einige Tage wird abends 8 Uhr „Die Entlassung“, Kaiser Wilhelm II.—Bismarckdrama in drei Akten von Emil Ludwig aufgeführt. Wer dieses interessante Stück noch nicht gesehen hat, dem ist noch Gelegenheit geboten. Man benutze den Vorverkauf.

Der Sparverein Luiseilust veranstaltet morgen, den 15. d. M. im Restaurant Luiseilust einen großen Sommernachtsball (s. Anzeige).

Rückzug. Gemeinnütziger Verein. Die Vereinsversammlung am 7. August beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Neuordnung des Postbetriebes in Lüdnitz. Um eine lächerlich geringe Summe einzusparen, hat es die Oberpostdirektion in Hamburg fertiggebracht, die bisherige Posthilfsstelle mit Postbetrieb in Lüdnitz zu einer solchen mit Kleinbetrieb umzuwandeln. Dafür ist die Agentur in Herrenmühl (Hochhofenwerk) zum Mittelpunkt des gesamten Postverkehrs gemacht worden. Die Mängel dieser Neuordnung zeigten sich bereits nach wenigen Tagen. Die Aussprache über die neue Einrichtung zeigt die Erbitterung der Vereinsmitglieder über diese Verballhornung der bisherigen Zustände. Der Vorstand wird beantragt, alle Schritte zu unternehmen, um diese Neuordnung rückgängig zu machen. Ebenso verlangt die Versammlung, daß in der Angelegenheit der Versorgung von Lüdnitz mit elektrischer Energie rasche Arbeit geleistet wird. Der Bau eines Badesteges in der Trave durch das Wasserbauamt ist erledigt. Der allmähliche Ausbau zu einer Badeanstalt soll mit staatlichen Mitteln und privaten Mitteln angestrebt werden. Durch die langsame Arbeit des Wohlfahrtsamtes ist die Anstellung einer Gemeindefachwörterin für Stems-Lüdnitz immer noch hinausgezögert. Der Verein wird versuchen, auf anderem Wege die Mittel dafür aufzubringen. Eine erste Frage für Lüdnitz ist der Mangel an Klassenräumen in der Schule. Hierdurch und durch das gänzliche Fehlen von Lehrerwohnungen wird der Schulbetrieb schwer gefährdet. Der Verein fordert vor allem die Einrichtung von Elternbeiräten in der Schule. Nächste Vereinsversammlung am Dienstag, dem 4. September 1923.

Angrenzende Gebiete.

Sandsteil Lübeck. Schon vier Jahre lang leiden wir Lehrer darunter, daß wir viel zu spät in den Besitz der Gehaltsnachzahlungen gelangen. Wir sind gegenüber den Reichsbeamten, die ihre Gehälter rechtzeitig erhalten, um einen nicht geringen Teil unseres Einkommens betrogen worden. Augenblicklich herrschen geradezu furchtbare Zustände. In einzelnen Gemeinden, die übrigens keine Schuld trifft, ist erst jetzt die Nachzahlung für die zweite Jahreshälfte in der „gemaltigen“ Höhe von 1—2 Millionen ausgeteilt. Das ist jetzt 3 Wochen zu spät. Von der Nachzahlung für die

1. Augusthälfte verläutet noch nichts, dagegen haben die Reichsbeamten schon am 15. August diejenige für die zweite Monatshälfte zu erwarten. Wie wir aus Erfahrung wissen, können weitere Eingaben und Beschwerden an die Regierung nichts zu nützen. Kollegen, uns bleibt nur noch die Selbsthilfe: Demonstration oder Streik.

Schwarzenbel. Butterbeschlagnahme. In der hiesigen Meierei wurde auf Anordnung des Gemeindevorstehers ein Quantum Butter beschlaggenommen, das von dem Inhaber zurückgehalten worden war. Die Ware wurde in rationierten Mengen zum Tagespreise an die Ortsbewohner abgegeben.

Mön. Ertrunken. Beim Segeln auf dem Meersee kenterte ein mit zwei Herrn besetztes Boot und die Insassen stürzten ins Wasser. Während der eine, ein Hamburger, sich retten konnte, ertrank der andere, ein Kaufmann Schumacher aus Woborn.

Hamburg. Auf der Werft von Blohm & Bock und auf der Vulkan-Werft sollte am heutigen Montag die Arbeit wieder aufgenommen werden, und tausende von Arbeitern strebten in den frühen Morgenstunden ihrer Arbeitsstätte zu. Kommunisten beiderlei Geschlechts hielten jedoch die St.-Pauli-Landungsbrücken und den Elbtunnel und hielten die Arbeitswilligen zurück. Die Polizei war den Menschenmassen gegenüber zunächst machtlos; es kam sogar zu Entwürfungen und Mißhandlungen der Beamten. Bis Verstärkungen eintrafen und die Ordnung wieder hergestellt wurde. Die Polizei machte dabei von der Schußwaffe Gebrauch, wobei ein Zivilist getötet und mehrere Personen verwundet wurden. Inzwischen hielten Tumultuanten im Innern der Stadt die Straßenbahnwagen an und zwangen die Insassen, zu Fuß weiterzugehen. Auch der Betrieb der Hochbahn wurde stellenweise vorübergehend lahmgelegt. Das Erscheinen der Hamburger Volkspolizei hat die Polizei heute verhindert und die Druckerei besetzt. Major Belz von der Ordnungspolizei wurde, als er sich zum Dienst begab, von einer Rotte überfallen, durch Messerstiche verletzt und seiner Barockschiff beraubt. Der Kommissar der Wache 13 wurde auf einem Patrouillengange ebenfalls überfallen und verletzt, desgleichen zwei Beamte, die aus der Landungsbrückenwache herausgeholt worden waren. Auf Wache 40 sind zahlreiche Schüsse aus der Menge heraus abgegeben worden. In einem Waffengeschäft in der Hafengegend wurden die Fenster-scheiben zertrümmert; zu Plünderungen kam es nicht, da die Polizei sofort einschritt. Auf Grund des Artikels 48, Abs. 4 der Reichsverfassung hat der Senat über das hamburgische Staatsgebiet den Ausnahmezustand verhängt und einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem es heißt: „Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieser Tage haben Elemente, die schon seit langer Zeit die Bevölkerung zu Unruhen aufzuwachen verstanden und die jetzt durch landfremde Hilfskräfte in ihrem staatsfeindlichen Treiben bestärkt worden sind, Unruhen hervorgerufen. Die von ihnen verbreiteten Nachrichten, der Generalstreik sei proklamiert, ist, wie auch aus der Erklärung der Gewerkschaften hervorgeht, falsch. Der weitest große, bestmögliche Teil der Arbeiterchaft, der erkannt hat, daß unsere Not durch Streikentumulte nur gesteigert wird und daß die Zufuhr der Lebensmittel nur gesichert ist, wenn Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten bleibt, verurteilt dieses unverantwortliche Vorgehen.“ Der Senat ist entschlossen, die öffentliche Sicherheit mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen, und die Polizei wird durchdringend gegen jeden Störer der Ordnung einschreiten.“

Hamburg. Der Streik der Seelotsen. Auf Veranlassung der Reichsregierung hat die Technische Nothilfe in den Vorkosten eingegriffen. Ein Erlaß der Hamburger Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe vom 11. August 1923 und ein Aufruf des Regierungspräsidenten von Schleswig-Holstein fordern alle fahrfähigen Kapitäne und Steuerleute auf, die in der Lage sind, sich über ihre Kenntnisse vor den Marinebehörden auszuweisen, sich bei der Technischen Nothilfe in Hamburg, Admiralitätsstraße 156, zu melden.

Hamburg. Schiefhalsiger Ausländer. Ein Ausländer, der wegen ungebührlichen Verhaltens aus einem Lokale in St. Pauli verwiesen wurde, verletzte die Wirtstochter durch einen Bauchschuß schwer und ergriff dann die Flucht. Unterwegs schoß der Mann wild um sich, verletzte mehrere andere Personen und brachte einem auf der Straße stehenden Eisenblech ebenfalls einen Bauchschuß bei. Leider ist der Mann entkommen.

Kiel. Nehmt ein Beispiel! Ein Parteiverein, der die schwierige Lage der Organisation in diesem Strudel der Geb-

Da lachte Vater Storch fröhlich auf, nahm dann jedoch eine ernsthafte Miene an und sprach:

„Komm, wir wollen uns hier ins Schilf setzen und ich will dir sagen, was du zu wissen begehrt.“

Hans Raseweis und der Rot Schnabel setzten sich ins weiche Schilf und der Storch erzählte lange, lange Zeit. Zum Schluß seiner Rede sagte er mit bedeutungsvoller, nachdenklicher Miene:

„Die Liebe ist es, die die kleinen Kinder zur Welt bringt.“

Der Baum aber, in dessen Schoß die Menschen knospen, dem Nichte dieser Welt entgegenreifen, heißt Mutter. Die Liebe und die Mutter sind göttlichen Ursprungs. Ich bin ein dummer Vogel und lache nicht zu der göttlichen Mission des Kinderbringens.“

Damit erhob sich der Storch und schickte sich an, von dannen zu gehen.

Hans Raseweis aber gab freudigen Herzens dem Storch seinen Frosch; denn er mußte nun, daß seine Mutter ihm und er ihr gehörte.

Wortgefechte im Wahnabteil.

Wer gezwungen ist, oft mit der Fernbahn zu fahren, hat namentlich in der 4. Klasse, wieder und immer wieder das zweifelhafteste Vergnügen, Wortgefechte mit anhören zu müssen. Das ist eine alltägliche Tatsache. Einer schimpft auf den andern. Wenn auch nicht persönlich, so doch auf die Schicht, der der andere angehört. Die Städter haben es auf die unerträgliche Begehrlichkeit der Landleute abgesehen, die Bauern auf die angebliche Vergnügungssucht der Städter, und beide auf die Händler, die ausschließlich Schuld daran sein sollen, daß alles so furchtbar teuer ist. Und alle zusammen schimpfen auf die Regierung. Es soll noch immer eine Judenregierung sein, in der die Sozialdemokratie tonangebend sei. Wer es versucht, die Leute eines Besseren zu belehren, macht trübe Erfahrungen. Sie schmähen darauf, was ihnen deutschnationalen Agitatoren ins Ohr geblasen haben. Schuld daran ist — neben dem allgemeinen politischen Unverständnis — die kleine Provinzpresse. Sie geht jeder Aufklärung der breiten Masse in weitem Bogen aus dem Wege. Hier einzugreifen, wäre Pflicht des Staates. Schon aus ureigenstem Selbsthaltungstrieb heraus sollte er das tun. Bei jeder Gelegenheit müßte den Lesern klar vor Augen geführt werden, daß die Leute, die gegenwärtig Deutschlands Geschicke lenken, ganz auf bürgerlichem Standpunkte stehen. Für den innerlichen Frieden, den wir so bitter nötig brauchen, könnte dadurch unendlich viel getan werden. So aber sieht einer im andern keinen Feind; eine Schicht glaubt, daß die andere sie ruinieren will. Die Leute sind erregt. Höfliche Worte fliegen hin und her. Die Verhandlungen sind still und denken sich ihr Teil.

Sie wissen: das Unwetter im Innern muß sich erst austoben. Und draußen scheint die Sonne und laucht der Sommer, als klimmerte ihm die irdische Not der Menschen keinen Deut. Um so erregter plagen die Meinungen aufeinander und man kann mitunter froh sein, wenn man sein Jahrsziel erreicht, ohne in Täuschungen geraten zu sein.

Tiere, die man nicht töten soll.

1. Der Igel. Er lebt meistens von Mäusen, kleineren Nagetieren, Erd- und Wegschnecken, Engerlingen und dergleichen mehr, also von Tieren, die dem Ackerbau schädlich sind. Tötet daher keinen Igel!

2. Der Frosch. Er ist ein Insektenvertilger ohne Gleichen; Fliegen, Mücken, Motten, Erdflöhe, Larven sind seine Speise. Schonet die Frösche!

3. Die Kröte. Sie ist eine wahre Gefährtin des Wandmanns. Bei ihrer Gefährlichkeit vernichtet sie 20 bis 30 Insekten in der Stunde. Tötet die Kröte nicht!

4. Der Maulwurf. Er verzehrt unablässig Engerlinge, Larven, Raupen und andere den Ackerbau schädigende Insekten. Keine Spur von Pflanzen wurde jemals in seinem Magen gefunden. Tötet den Maulwurf nicht!

5. Die Blindfliege, welche der Aberglaube des Volkes für giftig hält, ist ganz unschädlich, aber als Insektenvertilger hervorragend. Tötet die Blindfliege nicht!

6. Die Marienkäferchen. Sie sind die besten Freunde der Bauern und Gärtner, indem sie die Blattläuse auf den Gewächsen in Menge verzehren. Tötet die Marienkäferchen nicht!

7. Die Singvögel. Sie sind die eifrigsten Gefährten bei der Insektenvertilgung, die größten Raupenlöter und Gefährten des Ackerbaues wie der Obstzucht. Nehmet keine Vögelnester an!

8. Die Finken. Sie vertilgen Mäuse und schädliche Ratten.

Strumpfband gefällig! Man mag politisch eingestuft sein, wie man will — eine Anzeige wie die folgende wird sicher in allen Kreisen Unwillen erregen — aber ein bedauerndes Kopf-schütteln für diejenigen, der bestrebt sein wird, diese „Kosibarkeit“ zu erwerben. Die Anzeige findet sich in der „D. Z.“ am Freitag und lautet: „Strumpfband der Königin Luise zu verkaufen. Off. 19824 Müllers-Filiale Dransburger Lor.“ In derselben Zeit werden Millionen Kinder die bitterste Not und gehen an Unterernährung zugrunde — und hier wird um alte Strumpfbänder gekümmert! Was Tenet!

